

Annoucen...
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. J. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Ch. Spindler,
in Grätz bei L. Streifand,
in Meseritz bei Jh. Matthias.

Posener Zeitung.
Neunundachtzigster Jahrgang.

In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Haude & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Masse.
In Berlin, Dresden, Göttingen
beim „Invalidendank“.

Nr. 104.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Freitag, 10. Februar.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaaltene Petitzeile ober deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Amtliches.

Berlin, 9. Febr. Der König hat den Staatsanwalt a. D. Dr.
Tschuschke zum Landrath ernannt; sowie dem Kommerzienrath Ne-
viandt zu Elberfeld den Charakter als Geheimere Kommerzienrath ver-
liehen, und den Ober-Bürgermeister Küper zu Beuthen D.-Schl., der
von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wieder-
wahl gemäß, als Ersten Bürgermeister der genannten Stadt für eine
zweijährige Amtsdauer bestätigt.

Dem Landrath Dr. Tschuschke ist das Landrathsamt im Kreise
Schroda übertragen worden.

Dem Kreisbierarzt und kommissarischen Grenzbierarzt Kampmann
zu Lautenburg ist, unter Entbindung von der Verwaltung der Kreis-
Thierarztstelle des Kreises Löbau, die Verwaltung der Kreisbierarzt-
stelle des Kreises Strassburg, unter Anweisung seines Amtswohnsitzes
in Strassburg, übertragen worden.

Der Superintendent a. D. Pastor Müller in Langwitz ist zum
Superintendenten der Diözese Brieg, Regierungsbezirk Breslau, bestellt
worden.

Der König hat dem Rechnungsrath Ehternach zu Bromberg
und dem Gerichtsvollzieher Frömsdorf zu Kempen im Kreise
Schlittenberg den Kronenorden 4. Klasse verliehen.

Vom Landtage.

Abgeordnetenhaus.

11. Sitzung.

Berlin, 9. Februar. 12 Uhr. Am Ministerische: Bitter, von
Puttkamer, Lucius und Kommissarien.

Ein Schreiben des Ministers Maybach an das Präsidium setzt das
Haus von der am 7. d. M. stattgefundenen Eröffnung des lokalen und
der nahe bevorstehenden des durchgehenden Verkehrs auf der Stadtbahn
in Kenntniss und ladet die Abgeordneten zu einer Besichtigung des
großartigen Werkes ein. Tag und Stunde für diese Fahrt bleibt vor-
behalten.

Die Interpellation des Abg. Richter, auf wie hoch der
Ueberschuß des am 1. April ablaufenden Etatsjahres zu veranschlagen
sei, erklärt der Finanzminister sofort zu beantworten sich bereit.

Abg. Richter: Meine Anfrage soll dem Herrn Finanzminister
nur Gelegenheit geben, die von ihm bei der ersten Berathung des
Etats im Allgemeinen zugesagte Auskunft über die Finanzverhältnisse
des laufenden Etatsjahres nimmere zu ertheilen.

Finanzminister Bitter: Ich kann eine Antwort nicht ertheilen,
ehe nicht am Schlusse des Rechnungsjahres die Bücher der General-
Staatskasse abgeschlossen und die Ziffern festgestellt sind. Auf Ver-
mutungen hin amtliche Erklärungen abzugeben, muß die Staatsregie-
rung Bedenken tragen. Ueber die tatsächlichen Verhältnisse der lau-
fenden Verwaltung bin ich nach wie vor bereit Auskunft zu geben und
werde sie auf Wunsch, soweit ich kann, auch der Budgetkommission er-
theilen. Zu etwas Weiterem kann die Staatsregierung sich weder be-
rechtigt noch verpflichtet fühlen.

Auf Antrag Richters findet eine Besprechung der Interpella-
tion statt.

Abg. Richter: Der Herr Minister verwechselt Abschluß und An-
schlag, um den letzteren handelt es sich hier. Ist doch der ganze Etat
für 1882/83 auch nur ein Anschlag; um wie viel leichter ist er für ein
fast schon abgelaufenes Jahr. Wir haben eigentlich viel weniger nöthig
ihn zu erhalten, als der Minister nöthig hat, ihn uns zu geben. Denn
je weniger Klarheit über die laufende Finanzlage herrscht, desto weni-
ger können wir auf Geldforderungen eingehen, die wesentlich durch
die Gestalt dieses Jahres bedingt werden. Was hat die Einstel-
lung des Ueberschusses für einen Werth, wenn man nicht einmal
einen Anhalt dafür hat, ob das nächste Jahr einen gleichen
Ueberschuß haben wird. Im Reichstage hielt der Herr Schatzsekretär
sich schon nach 7 Monaten für verpflichtet, über die Rechnung des
laufenden Jahres genaue Auskunft zu ertheilen, die demnach zu jenem
tiefeingreifenden Beschlusse führte, in Folge dessen der Minister hier
auf die Anleihe verzichten konnte. Während also der ganze preussische
Etat auf einer Veranschlagung des Ueberschusses des laufenden Jahres
im Reiche beruht, erklärt der Minister hier nicht einmal seinen eigenen
Ueberschuß zu kennen! Da versteht doch Herr Maybach sein Kesselfort
besser, er hat sofort den Ueberschuß in der Eisenbahn- und in der Berg-
und Hüttenverwaltung auf 13 bez. 1 Million angegeben, obwohl sie
sich gerade weniger leicht veranschlagen lassen. Der Kommission will
der Minister die erforderlichen Aufklärungen geben, doch nicht etwa als
Geheimniß. Wozu dieser bürokratische Weg? Die Kommission kann
doch nur sofort den Druck der ministeriellen Erklärungen und ihre
Mittheilung an das Haus beschließen. Ich muß sagen: es involvirt
eine gewisse Mißthätigkeit gegen das Haus, wenn man schriftlich
verfahren will, anstatt uns hier jetzt Rede zu stehen. Auch formell
ist dieses Verfahren nicht gerechtfertigt. Indessen wir wollen
abwarten — vielleicht fällt es dem Herrn Minister leichter,
sich über solche Dinge schriftlich, als mündlich auszulassen.

Finanzminister Bitter: Ich bin ja weit entfernt, meine Rede-
gabe der des Vorredners auch nur annähernd gleichzustellen, habe aber
auch nicht darauf zu achten, wie die Worte etwa gestellt werden, um
Eindruck zu machen und Beifall hervorzubringen, sondern eine sachliche
Erklärung abzugeben und zu dieser finde ich meine Redegabe vollständig
ausreichend. (Beifall rechts.) Der Vorwurf, ich hätte Abschluß und
Uebergabe verwechselt, trifft mich nicht. Herr Richter hat den Nach-
weis der Ueberschüsse verlangt und ich habe erklärt, daß wir uns in
Nuthmahnungen amtlich nicht ergeben können. Wenn der Minister der
öffentlichen Arbeiten 13 und bez. 1 Million als Ueberschüsse hingestellt
hat, so hat er das im Gefühl seiner Verantwortlichkeit gethan, und
ich bin entfernt davon, ihm darüber irgend eine Bemerkung machen zu
wollen. Wenn von mir verlangt wird, bei dem alle Einnahmen und
Ausgaben des Staates zusammenzufassen, das ich für die gesammten Verhält-
nisse des Staates jetzt schon, zwei Monate vor dem Abschlusse, ganz klar und
deutlich angeben soll, wie viel Ueberschüsse vorhanden sind, so würde ich
meiner Verantwortlichkeit sehr nahe treten, wenn ich das thun wollte.
(Sehr richtig! rechts.) Ich kann und werde das nicht thun. Die
Staatsregierung hat ihrerseits sich mit dieser Auffassung vollständig
einverstanden erklärt. (Beifall rechts.) Die Praxis des Reichs auf die
preussische Finanzverwaltung übertragen zu sehen, muß ich ablehnen.
Die Konsequenzen des Verfahrens im Reiche können wir für den
preussischen Staat nicht auf uns nehmen; wir werden uns nicht dahin
drängen lassen, ein ähnliches Verfahren zu beobachten. Der Budget-

kommission will ich gern Auskunft geben. Dem Hause diese Details
der Verwaltung zu geben, glaube ich nicht in Vorschlag bringen zu
können. Daß ich mich schriftlich erklären würde, habe ich nicht gesagt.
Ich bin bereit, in der Kommission selbst zu erscheinen. Mit Geheim-
nissen — das wiederhole ich — haben wir es nicht zu thun.

Abg. Richter: Nicht bloß Scholz, sondern auch Delbrück hat
die Staatsberatungen im Reichstage regelmäßig mit einem ausführlichen
Vortrage über die Verhältnisse des laufenden Jahres eingeleitet. Zwi-
schen der Erklärung von Scholz und der heutigen des Ministers ist ein
unlösbarer Widerspruch. Die Praxis im Reich erklärt der Minister
hier nicht für zulässig, dennoch acceptirt er dieselbe, insoweit sie sich in
10 Millionen überseht. Ich kann dieses Verfahren nur bedauern.
Schon jetzt kündige ich an, daß ich in der Kommission einen dahin ge-
henden Antrag stellen werde.

Abg. v. Rauchhaupt: Wenn wir auch erklärt haben, wir
wollten bei unseren Entschlüssen über den Steuererlaß nicht im
Dunkeln tappen, so bleiben wir doch heute bei der Erklärung des Mi-
nisters stehen, und erwarten seine Aufklärungen in der Kommission.
Kann sich denn Herr Richter, der doch ein vorzüglicher Rechner ist, das
Facit aus den bekannten Materialien nicht selbst ziehen? Im Reich
läßt sich übrigens nach dreiwertel Jahren ein Ueberschuß weit leichter
machen als in Preußen. (Widerspruch links.) Ob die 10 Millionen
im Reiche wirklich da sind, wollen wir erst abwarten. Wenn der Mi-
nister nach diesem Vorgange in Bezug auf Preußen vorsichtig ist, so
können wir ihm dafür nur dankbar sein. (Beifall rechts.)

Abg. Richter: Der Wortführer der Konservativen im Reichstage
war der Erste, der den Antrag Richter unbedingt acceptirte. Wie das
mit der heutigen Aeußerung des Wortführers der Konservativen in
diesem Hause zu vereinigen ist, verstehe ich nicht.

Abg. Grumbrecht: Auch in meiner langjährigen Erfahrung
finde ich kein Beispiel, daß die Regierung uns über das laufende Rech-
nungsjahr die Auskunft verweigert hätte.

Finanzminister Bitter: Ich habe die Auskunft nicht verweigert,
sondern sie im Gegentheil zugeagt, allerdings für die Kommission.
Abgelehnt habe ich nur die Nennung der Ziffer, wie hoch der Ueber-
schuß anzuschlagen ist.

Abg. Richter: Wenn uns der Minister doch nur die nöthigen
Unterlagen geben wollte: addiren und subtrahiren können wir allein.
Herr v. Rauchhaupt traut mir doch zu viel zu. Nach dem, was wir
kennen, ist ein Urtheil über einen etwaigen Ueberschuß nicht möglich.
Ich habe mit meiner Interpellation keineswegs eine bloß persönliche
Frage aufgeworfen. Schon der erste Staatsredner, Herr v. Düne, hatte
sich angeregt und Herr v. Rauchhaupt selber ist ihm gefolgt. Heute nun
folgt Herr v. Rauchhaupt den Spuren des Finanzministers und kritisiert
nachträglich die Finanzpolitik im Reich, deren Anwendung für Preußen
er bedenklich findet. Wie rasch ändern sich doch die Herren Konser-
vativen! (Heiterkeit!) Redner verliert unter lebhafter Heiterkeit der
Linken einen Passus aus der Rede v. Rauchhaupt's vom 30. Januar
d. J., in welchem sich derselbe mit dem Antrage Richter im Reichstage
vollständig einverstanden erklärt. An wen soll man sich nun halten,
an den v. Rauchhaupt vom 30. Januar oder an den vom 9. Februar?
Je mehr die Regierung sich weigert, dem Parlament Auskunft zu er-
theilen, desto heftiger werden ansehend die Herren auf der
Rechten. (Heiterkeit.) Ich glaube, Sie finden es sogar des Beifalls
würdig, wenn der Minister einmal erklärt, daß er gar nichts sagen
würde. (Heiterkeit.) Nun, das Land wird ja darüber entscheiden, ob
das die Art ist, wie man die finanzielle Kontrolle ausübt. Die Ver-
hältnisse im Reiche sind wegen der Fülle und der indirekten Steuern
schwieriger zu überschlagen, als die preussischen. In der Kommission,
für die der Minister die Aufklärung zugeagt hat, sind leider keine
Stenographen, und ohne stenographische Unterlage eine mündliche
Darlegung an das Haus zu bringen, ist immer mühslich. Ich möchte
deshalb bitten, daß der Vorsitzende der Kommission Stenographen zu
der Verhandlung zuzieht. Wir hören so oft Klagen über den schleppen-
den Geschäftsgang des Parlaments. Aus dem heutigen Vorgange wird
man hoffentlich ersehen, wer die Schuld daran trägt. (Beifall links.)

Abg. v. Rauchhaupt: Ich bin noch derselbe, der ich bei der
Generaldiskussion war; der Vorredner, dem ich eine etwas schärfere
Auffassung wünsche, hat nur den Unterschied zwischen meinen damaligen
und meinen heutigen Ausführungen nicht begriffen. Ueberschüsse im
Reiche sind wir selbstverständlich bereit, stets zu acceptiren. Sie
wollen aber eine ähnliche Praxis hier im Hause wie im Reichstage ein-
geführt wissen, und dem widersetzen wir uns.

Abg. Richter: Jetzt zeigt sich allmählig, worauf Sie hinaus
wollen. Die Herren glauben, daß hinter meiner Frage etwas ganz Be-
sonderes steckt. (Heiterkeit.) Sie denken, der macht am Ende hier den-
selben schlechten Streich wie im Reich. (Große Heiterkeit.) Wenn sollte
ich hier aber etwas zuwenden wollen? Den Kreisen? Den Gemein-
den? Oder fürchten Sie, daß ich einen größeren Steuererlaß bean-
tragen werde? Wir sind ja die Minorität, die sich ruhig verhalten
muß. (Heiterkeit.) Warten Sie doch also ab! Kommen wir wirklich
mit einem solchen Antrage, dann haben Sie es ja in der Hand, ihn
abzulehnen. Oder beunruhigt Sie das Durchschlagende unserer Motive?
(Widerspruch rechts.) Das ganze Verfahren, aus ungerechtfertigter Be-
sorgniß entspringen, fördert nichts als Umständlichkeiten zu Tage.

Damit ist die Angelegenheit erledigt.
Die Rechnungen der Kasse der Oberrechnungskammer für 1880—81
werden an die Budget-Kommission verwiesen. Der Staatsschulden-
Kommission wird für 1880—81 Decharge ertheilt.

Es folgt die erste, eventuell die zweite Berathung des Geset-
zentwurfes, betreffend die Erhebung einer Hundesteuer.

Abg. v. Schorlemer-Alst ist kein Gegner dieser Steuer, be-
zweifelt aber die Möglichkeit einer sofortigen zweiten Berathung, da
der Vorprüfung durch die Agrar-Kommission folgende Punkte bedürfen:
die Frage des Zeitpunktes für die Wirksamkeit des Gesetzes, ob
1. Oktober d. J. oder 1. April 1883, die Ueberlassung der Einnahme
an die Kommunen statt an die Kreise, wobei der Vertretung oder Ver-
waltung der einzelnen Provinzen allenfalls die Entscheidung zu über-
lassen wäre; die exzeptionelle Verwendung der Steuer, die Militär-
personen zahlen, für militärische Wohlthätigkeitsanstalten, während
diese Beträge doch mit bestem Grund in die Kommunalkasse fließen
sollten. Stiftungen müßte nicht der ganze, sondern nur ein aliquoter
Theil der Steuer zu Theil werden. Ferner sollten solche Hunde unbe-
steuert bleiben, welche zur Bewachung kleiner Bauerngüter unumgän-
glich notwendig sind. In Westfalen müssen die Bauern ihr vereinzelt
liegendes Gut, welches sie oft halbe Tage gänzlich verlassen, durch
Hunde bewachen lassen. Diese unbemittelten Leute sollten eine solche
Steuer nicht zahlen.

Abg. Schreiber wünscht auch kommissarische Prüfung der Vor-
lage, ohne die Bedenken Schorlemer's zu theilen und findet es er-
wünscht, daß die Regierung die generelle Regelung der Hundewirth-
schaft übernommen hat. Die obligatorische Beweuerung ist schon des-
halb nützlich, weil sie vielen Gemeinden, welche eine obligatorische
Steuer bereits haben, ihre Einnahmequelle sichert. Kleine Besitzer
können auch ferner steuerfrei bleiben, denn das Gesetz will seinem gan-
zen Sinne nach nur überflüssige Hunde besteuern, die das Publikum
vielfach belästigen.

Auch Abg. v. Benda hält die Ue'erweisung der Hundesteuer an
die Kreise statt an die Kommunen für bedenklich, weil den letzteren
damit eine nicht unerhebliche Einnahmequelle entzogen würde.

Abg. Kropp wünscht die Steuerfreiheit der zur Bewachung von
Bauernhöfen dienenden wie der zum Gewerbebetriebe benutzten Hunde.
Das Gesetz habe ja wesentlich den sicherheitspolizeilichen Zweck, gegen
die Tollwuth der Hunde zu schützen, aber nicht, unentbehrliche Hunde
zu besteuern.

Die Vo lage wird an die Agrar-Kommission verwiesen.
Die Gesetzentwürfe, betreffend die Ergänzung der evangelischen
Kirchenverfassung in den acht älteren Provinzen der Monarchie und
betreffend die Ablösung der in die Stadt Berlin für Uebernahme der
fiskalischen Straßen- und Brückenbaukosten in Berlin zu zahlenden Rente
werden in dritter Berathung genehmigt.

Es folgt die erste Berathung des Entwurfs einer Kreis-
ordnung für die Provinz Hannover und des Geset-
zentwurfes über die Einführung der Provinzialordnung vom
29. Juni 1875 in der Provinz Hannover.

Abg. v. Bennigsen: Wir sind in der Provinz Hannover dem
Minister des Innern sehr dankbar dafür, daß der hannoversche
Provinziallandtag Gelegenheit gehabt hat, sich über die Gesetzentwürfe
zu äußern. Ich darf voraussetzen, daß nach diesem Vorgange die Kreis-
und Provinzialordnung für die neuen Provinzen auch den Provinzial-
landtagen zur vorläufigen Prüfung vorgelegt werden. Die Kreis-
ordnung wurde, obwohl sie in die bestehenden Verhältnisse Hanovers
tief eingreift, im Provinziallandtag einstimmig angenommen. Nicht so
günstig erging es der Provinzialordnung. Die Vertreter der Rit-
terschaft sowohl, wie auch eine Vertreter der Landgemeinden und
Städte wollten die jetzigen Bestimmungen beibehalten. Die Provinzial-
ordnung ist daher nur mit geringer Mehrheit angenommen
worden. Ich halte es nicht für möglich, daß der jetzige
Zustand der Provinzialvertretung in Hannover beibehalten wird,
wo die Vertretung herorgeht aus den verschiedenen Theilen
der kleinen Kommunallandtage: Städte, Landgemeinden und
Ritterschaft, die dann zu einem Drittel im Ganzen mit je 25 berufen
sind. Es ist das Mißverhältnis zu groß, weil der Besitz der Ritter-
schaft kaum 10 Prozent der ganzen Fläche beträgt, und nachdem in
den alten Provinzen die Ritterschaften als solche das Recht der Ver-
tretung aufgegeben haben, ist es nicht zulässig, daß in einer einzelnen
Provinz eine andere Grundlage für die Vertretung gewonnen wird.
Ich bin überzeugt, daß die Mitglieder der Ritterschaft wegen ihrer
größeren Lebenserfahrung und ihrer aus früheren Verhältnissen her-
vorgehenden Gesetzkunde in genügender Zahl gewählt werden. Das ist
auch der Grund für die große Zahl der Rittergutsbesitzer in den
Vertretungen der alten Provinzen. Bei der Kreisordnung ist die einzige
politisch wichtige Frage die, ob auch in Hannover, wie in den alten
Provinzen, das Institut der Kreisdeputierten zugelassen werden soll?
In den Motiven hat die Regierung sie aus politischen Gründen zur
Zeit wenigstens verneint. Ich hoffe aber, daß in der Kommission die
Bedenken der Regierung sich werden beseitigen lassen und daß wir
dieses Institut auch in Hannover bekommen. Die Kreisordnung beruht
auf den Grundlagen der Kreisordnung in den östlichen Provinzen;
die einige erhebliche Abweichung besteht in der Anordnung
der Lokalpolizeiverwaltung. Ich beschränke mich hier, da ich die
Generaldiskussion nicht für eine nähere Erörterung der Frage
geeignet erachte, auf die Bemerkung, daß in Hannover überein-
stimmend Regierung und Provinzial-Landtag sich gegen die Ein-
führung des Instituts der Amtsvorsteher erklärt haben. In Han-
nover ist hinsichtlich der Polizei auf dem platten Lande die Verwaltung
immer durch Staatsbeamte geführt worden. Das Institut der guts-
herrlichen Polizei hat man da so gut wie gar nicht gekannt, weshalb
es den jetzigen Verhältnissen dort besser entsprechen wird, wenn man
auch künftig durch den Landrath als öffentlichen Beamten und nicht
durch den Amtsvorsteher die Polizeiverwaltung führen läßt. In einem
großen Theile der Provinz ist heute wenigstens das Material für die
Amtsvorstände in genügender Anzahl nicht zu finden, was mit der
dort viel geringeren Bedeutung des Grundbesitzes zusammenhängt. Es
gibt viel weniger Güter in der Provinz Hannover, als in den östlichen
Provinzen, weniger sie nur in seltenen Fällen von den Gutsbesitzern be-
wohnt. Meistens sind sie verpachtet oder administriert, so daß Per-
sonen, die vorzugsweise zu dieser ehrenamtlichen Thätigkeit herangezogen
werden, in einem erheblichen Theile der Provinz nicht vorhanden sind.
Ich habe das Wort gegen die Vorlage ergriffen, obwohl ich doch in
der Hauptache mit dem materiellen Inhalte derselben übereinstimme,
weil sich am Ende des Gesetzentwurfes bei der Kreisordnung Bestim-
mungen vorfinden, mit denen wir uns in Hannover nicht zu beschäfti-
gen gehabt haben, obgleich sie sich wesentlich auf diese Provinz beziehen.
Es sollen aus dem Verwaltungsorganisationsgesetze über die Behörden
diejenigen Bestimmungen eingeführt werden, welche an die Stelle des
Kollegialsystems für die Abtheilung des Innern und die Bureau tren-
nen. Die Landdrostieen werden also aufgelöst und daneben eine andere
Staatsbehörde, die Finanzdirektion, welche Steuern, Domänen und
Forsten verwaltet, und diese werden vertheilt auf die sechs Regierun-
gen, auf die auch ein Theil der Kompetenzen der evangelischen und
katholischen Konfessionen übertragen werden. Das ist Alles, was aus
dem ganzen Organisationsgesetze auf Hannover übergeht. Dagegen ist
der meiner Ansicht nach wichtigere Bestandtheil, die Verbindung der
reinen Staatsbehörden mit Selbstverwaltungskörpern, das gemeinschaft-
liche Arbeiten von delegirten Selbstverwaltungskörpern mit Be-
amten des Staates, die alleinige Thätigkeit von Selbstverwaltungs-
körpern als solchen noch vollständig in der Einführung zurück.
Es soll der Kreisauschuß keine irgendwie beschaffene Thätigkeit in
öffentlichen Angelegenheiten haben, abgesehen von der Kommunalver-
waltung, weder als Beschlußbehörde noch als Kreisbehörde. Es soll
eine mittlere Instanz, das Verwaltungsrath überhaup gar nicht ein-
geführt werden. An Stelle des Bezirks- und Provinzialraths soll der
Landrath, Regierungsrath und Oberpräsident treten. Nur in einzelnen
Fällen hat man ein Interimsstitut aufgenommen. In gerwerbepolizei-
lichen Angelegenheiten, wo eine kollegiale Entscheidung erforderlich ist,

tritt an Stelle des Bezirksraths der Regierungspräsident mit seinen Räten ad hoc zu einem Kollegium zusammen. Andere Fälle betreffs der Aufsicht über die Kommunalwesen und Beschwerden über polizeiliche Verfügungen sind bedenklich. Diese will man nur dem Oberverwaltungsgericht nebst anderen Bestimmungen, wie z. B. Beschwerden wegen Zwangsetatifikation überweisen. Das ganze System der Selbstverwaltungsgörpers verschwindet hier vorläufig in Folge dieser interimistischen Bestimmungen. Die wesentliche Grundlage unseres Behördenorganismus ist Organisationsgesetz, wonach die Staatsbeamten gerade bei den wichtigsten Sachen mit den Laien zusammen wirken sollen, wird hier zurückgestellt. Warum macht man wieder diesen Versuch, da er 1879 schon abgelehnt wurde? Man beschäftigt sich mit einer allgemeinen Revision des Organisationsgesetzes und deshalb will man in Hannover dies noch nicht einführen. Daneben ist noch ein anderer Grund. Der Eingriff der neuen Kreisordnung in die hannoverschen Verhältnisse, sagt man, sei so bedeutend, daß es gewagt scheint, auf einmal diese ganze Umwandlung vorzunehmen. Im hannoverschen Provinzial-Landtag hat man einstimmig den Wunsch ausgesprochen, man möchte den Landtag der Monarchie nicht mit diesen Kreis- und Provinzialordnungen beschaffen, ehe nicht feste, wie es mit dem Staatsorganisationsgesetz sein werde, weil man die Sache auf einmal ausgeführt wissen wollte, also ganz das Gegenteil von dem, was der Minister hier voraussetzt. In welcher Lage ist dieser Landtag, der vor zwei Jahren nach monatelangen Beratungen das Organisationsgesetz fertig gestellt hat, welches am 1. April vorigen Jahres ins Leben getreten ist? Er soll in dem Augenblicke, wo er diese Uebergangsbestimmungen annimmt, anerkennen, daß dieses von demselben Landtage beschlossene Organisationsgesetz einer grundlegenden Revision bedürftig ist. Damals war freilich ein tiefgehender Streit, ob nicht eine Vereinfachung im Verfahren der Behörden herbeigeführt werden könne. Der Landtag hat aber im Sinne der Vorlage des damaligen Ministers entschieden, Ansprüche gegenüber, die ich selbst in der Kommission durchgesetzt habe in der Richtung der größeren Vereinfachung. Ein Jahr ist noch nicht vergangen, und schon soll man klar sein, daß das Gesetz einer Revision bedarf und daß man vor derselben in anderen Provinzen diese Bestimmungen nicht einführen dürfe. Vielleicht ergeben die bevorstehenden Wahlen die gewünschte Majorität, aber dieselben Landtage die Revision zuzumuthen, ist doch zu viel. Die Eingriffe in die bestehenden Zustände Hannovers durch die beiden Vorlagen, namentlich durch die Kreisordnung, sind sehr einschneidend. Nicht bloß die Verwaltung der Ämter, auch das Verhältnis von Stadt und Land wird grundlegend geändert. Einen Ersatz für diese Eingriffe sollten diejenigen Institutionen bieten die die Verbindung der Selbstverwaltungsgörpers mit dem Staatsbeamten herstellen. Wenn dieser Ersatz fehlt, dann wird der Uebergang ein viel schwierigerer sein. Ich hoffe, daß die Mehrheit des Hauses davon absehen wird, uns mit solchen Uebergangsbestimmungen, die ich Namens meiner Partei ablehne, zu behelligen. Ich wünsche den Einführungstermin auf den 1. April 1885 angesetzt. Bis dahin wird man Klarheit darüber haben, ob für eine solche Revision eine Mehrheit sich findet oder nicht. Wir wünschen in Hannover, daß das Zusammenwirken der Staatsbeamten und Laien so geregelt werde, wie in den alten Provinzen, und wenn die Verbindung in den zwei Jahren, wie ich hoffe, geschaffen wird, dann mag man die Kreis- und Provinzialordnung einführen, aber nicht vorher. (Beifall.)

Minister v. Puttkamer: Die Regierung ist dafür dankbar, daß die Einholung des Gutachtens seitens des hannoverschen Provinzial-Landtages in Hannover befriedigt hat. In ähnlicher Weise werden auch die Provinziallandtage der übrigen neuen westlichen Provinzen im praktischen Interesse befragt werden, obgleich dieselben ein staatsrechtliches jus quaesitum auf eine solche Anhörung nicht haben. Zu meiner Freude hat der hannoversche Provinziallandtag eine gute Aufnahme gefunden. Ich glaube nun, daß die politischen Grundgedanken der Selbstverwaltung sowohl auf kommunalem, wie ebrigitlichem Gebiete unter allen Umständen festgehalten werden müssen. Ich bin überzeugt, daß die Kreisordnung von 1872, welche diese Fragen in den Lokalinstanzen regelt, ein sehr gelungenes und auch populär gewordenes Werk ist. Der Aufbau der Bezirksinstanzen dagegen ist nicht in dem Maße gelungen. Die abstrakte Trennung zwischen Verwaltungsgerichts- und Verwaltungsbefehlshörden hat die sehr starke Inkonvenienz der fast vollendeten Unübersichtlichkeit der Instanzen im Gefolge, und es wäre im praktischen Sinne eine Vereinigung dieses komplizierten Systems nöthig. Wenn dasselbe theoretisch in sich abgeschlossen und auf die ganze preussische Monarchie ausgebreitet wäre, dann wäre ich der letzte, der trotz seiner Mängel nicht wenigstens die ehrliche Probe mit ihm in Hannover machte. Dieses System erstreckt sich aber nur auf die Hälfte der Monarchie, und ich frage den Abg. Bennigsen, Hand auf's Herz, kann er mir aus seiner Gemüthsprovinz bezeugen, daß man sich in Hannover danach sehnt, diesen ganzen Komplex der Organisation bei sich einzuführen? Nach den Informationen der Regierung besteht in denjenigen Provinzen, welche diese Verwaltung nicht hatten, eine bange Furcht davor. (Sehr richtig! rechts.) Die Regierung beabsichtigt, den Provinzial-Landtagen der Kreisordnungs-Provinzen die Frage vorzulegen, wie haben sich die und die Punkte der bestehenden, in Wirklichkeit befindlichen Gesetzgebung bewährt, und welche Abänderungsvorschläge prinzipieller Natur sind nöthig, um uns zu einem vereinfachten System zu verhelfen. Ich habe selbst von der Sache kein klares Bild und werde mich bitten, jetzt durch materielle Meinungsäußerungen die Provinzial-Landtage zu assistieren. Die Zusammenfassung dieser Landtage garantirt uns einen praktischen Erfolg. Nun erkenne ich die enorme Schwierigkeit dieser Materie vollkommen an. Die Regierung hofft der nächsten Landtagssession bestimmte Vorschläge machen zu können. Aber es ist zweifelhaft, ob wir uns bis zum 1. April 1885 werden einigen können. Ist dies aber der Fall, so muß man doch in den Kreisordnungsprovinzen bei dem bisherigen Zustande bleiben. Das bestehende System ist in den neuen westlichen Provinzen nicht einzuführen, so lange man sich darüber nicht geeinigt, und nun entfällt der Zweifel, wie es zu halten mit der Einführung der Kreis- und Provinzialordnung für die noch ausstehenden Provinzen in der Zwischenzeit? Wenn wir uns in diesen der Zeit nach unübersehbaren Schwierigkeiten befinden, entfällt für die Regierung die sehr ernste Frage, sollen wir die mit der Kreisordnung versehenen Provinzen, namentlich Hannover, verschonen mit der Einführung, bis die allgemeinen Grundzüge in Bezug auf die übrige Verwaltung festgestellt sind? Ich weiß sehr wohl, daß man in Hannover an alten liebgewordenen Einrichtungen festhalten möchte, und ich würde es bedauern, wenn eine so verständige und durch und durch konservative Bevölkerung anders dächte. Aber einmal muß doch der Schritt geschehen, es handelt sich nicht um das an, sondern um das quando. Eine längere Vertagung wäre bedenklich für den Staat und für die Provinz. Der Abgeordnete von Bennigsen hat selbst betont, daß in Hannover das Institut der Landräthe eingeführt werden muß, daß die Mittelbehörden gänzlich neu geschaffen werden müssen, daß an die Stelle der Landdrosteien einheitliche Regierungen treten müssen. Es wäre für den Staat nicht gut, dieses wichtige Mittel der Assimilierung mit den alten Stammlanden noch länger hinauszuschieben. Für die Provinzen aber wäre es deshalb bedenklich, weil nach dem einstimmigen Urtheil aller Staatsbehörden die Unsicherheit über die Dauer des jetzigen Zustandes eine erhebliche Lähmung in der Energie der lokalen Verwaltung mit sich geführt hat. Die Gemeindebehörden fragen sich in Bezug auf eine ganze Reihe von Lokalgeschäften jeden Tag, ja, lohnt es sich noch, dieses oder jenes in Angriff zu nehmen, bevor die neue Organisation eingetreten ist? Ziehen wir diese Organisation in die Länge, so schädigen wir noch weiter die materiellen Interessen der Kommunen. Die Hauptbedenken des Abg. von Bennigsen richten sich gegen die Uebergangsbestimmungen. Ich versichere nun, daß die Regierung keineswegs beabsichtigt, eine systematische capitis diminutio der Provinz Hannover auf längere Zeitdauer herbeizuführen. Es wird Hannover auch nicht ein Nota von den

Kompensationen für die Trennung von Stadt und Land vorenthalten werden, welche die Kreisordnungsprovinzen bereits haben. Wir haben die Repräsentation der Provinz gestiftet nicht auf eine ständische, sondern auf eine korporative Basis. Der Landtag soll sich darstellen als eine Vertretung der Kreise, deren mehrere, im Interesse der größeren Ausgleichung der Interessen vom Oberpräsidenten verbunden werden können. Auf diesem Landtage sollen nicht die oft unrichtigen politischen Unterschiede der Provinz, sondern die wesentlichen wirtschaftlichen, ökonomischen Interessen zum Ausdruck kommen. Die Befürchtung jedoch, daß dieser Landtag ein Bauernlandtag sein würde, ist unbegründet. Ich zweifle nicht, daß man auch der Ritterschaft die genügende Vertretung schaffen wird. (Austimmung.) Auch die Regierung wünscht die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission, wo man hauptsächlich zu einer Einigung und Verständigung gelangen wird. (Beifall rechts.)

Abg. v. Liebermann: Wir Konservativen mißbilligen es nicht, wie Herr von Bennigsen, sondern sind damit einverstanden, daß der Versuch gemacht werden soll, die über dem Kreisaußschuß stehenden Verwaltungsinstanzen umzugestalten unter der Wahrung der politischen Grundgedanken der Verwaltungsreform. Eine solche ernsthafte Revision bietet aber viel zu große Schwierigkeiten, als daß man irgend einen Zeitpunkt nennen könnte, zu dem es möglich wäre auf Grund der Revision die Verwaltungsreform auf die westlichen Provinzen auszudehnen. Es fragt sich also, soll man die Einführung der Kreisordnung auf unbestimmte Zeit schieben oder mit provisorischen Institutionen sich behelfen. Das alte System hat sich in Hannover gut bewährt, es ist sehr fraglich, ob die neue Beamtenordnung sich genügend einleben wird, und ob die Handhabung der Polizei durch den Landrath sich für hannoversche Verhältnisse empfiehlt. Diese Bedenken können nur in einer Kommission berathen werden, deshalb beantragen wir die Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern, und wir sind bereit, zur Erzielung eines positiven Resultats mitzuwirken.

Abg. Dirichlet: Die Angelegenheit habe eine über die Provinz Hannover hinausreichende allgemeine Bedeutung, wenn man auf die Motive und die Uebergangsbestimmungen achte. Aber auch die speziellen Bestimmungen für Hannover seien ihm bedenklich. Es würde sehr zu bedauern sein, wenn das Institut der Amtsvorsteher nicht eingeführt würde. Die Motivirung der Vorlage sei in diesem Punkte unzutreffend, denn auch in den östlichen Provinzen habe man seiner Zeit die Befürchtung gehabt, daß sich die geeigneten Elemente zur Uebernahme der Selbstverwaltungsgewalt nicht finden würden, trotzdem haben sie sich gefunden. Auch das Institut der Kreisdeputirten wünsche er der Provinz gesichert zu sehen, und darin stimme er mit v. Bennigsen überein. Sehr zu bedauern sei es, daß aus den Motiven und den heutigen Ausführungen des Ministers das Resultat sich ergebe, daß wir einer abermaligen Revision der Grundzüge der Selbstverwaltung näher stehen als man glaubt. Jedenfalls sei die neue Beunruhigung und Infragestellung der Verwaltungsreform eine sehr beklagenswerthe Erscheinung.

Abg. v. Meyer-Arnswalde: Wenn ich Ihnen alle meine Schmerzen über diesen Gegenstand mittheilen wollte, so müßte ich über eine halbe Stunde sprechen; die Geduld des Hauses scheint mir aber erschöpft und ich beantrage daher den Schluß der Diskussion. Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Abg. Windthorst: Mit einer gewissen Befangenheit trete ich in diese Diskussion, die von dem Herrn Minister und Herrn v. Bennigsen geführt ist, als ob letzterer der alleinige Vertreter von Hannover wäre. Indessen, da es in Hannover eine Reihe von Leuten giebt, die in dieser Angelegenheit noch nicht zu Worte gekommen sind, so will ich die Anschauungen derselben hier vortragen, so bedenklich das an sich auch sein mag. Dem Herrn Minister muß ich sagen, daß er seine Informationen nur aus einseitigen Quellen geschöpft hat. Denn wenn die Frage, ob diese Reform vorgenommen werden solle oder nicht, dem Provinziallandtage gestellt werde, so würde eine enorme Majorität erklärt haben, wir wollen beibehalten, was wir besitzen. Ich bin überzeugt, daß die Einführung der Kreisordnung destruktiv wirken muß und für Hannover lange Zeit eine Quelle von Unzufriedenheit bilden wird. Ich werde darum, so lange ich kann, dahin wirken, daß uns unsere bisherige Verwaltung erhalten bleibe. Wie die Beamten in Hannover die Sache ansehen, weiß ich nicht. Aber ich habe die Erfahrung gemacht, daß Beamte sehr leicht zu Neuordnungen geneigt sind, omnibus novationibus intenti — schon mit Rücksicht auf das bessere Avancement. Was in Bezug auf die Provinziallandtschaft besteht, ist im Jahre 1867 durch Vertrauensmänner der Provinz Hannover geschaffen und, so sehr ich auch die Diktatur bedauere, ich muß doch anerkennen, daß die Ordnung der Provinziallandtschaft nicht mißlungen ist. Das Landesdirektorium, an dessen Spitze Herr von Bennigsen steht, hat so gut funktioniert, daß man in Hannover allgemein damit zufrieden ist, und, ich sollte meinen, in neuemorbene Provinzen hätte man ein besonderes Interesse daran, Zustände zu erhalten, über die Zufriedenheit besteht. Man sagt, es ist Zeit, daß endlich uniformirt wird. Ich glaube, daß die Uniform nur Unzufriedenheit erregen kann, und daß ein guter Staat weniger an die Uniform denkt, als daran, daß das Kleid so zugeschnitten werde, wie es dem Leib am besten paßt. Funktioniren etwa die Verwaltungsorgane in Hannover so, daß Unordnung entsteht? Ist die finanzielle, die politische Verwaltung mangelhaft oder der Einfluß der Regierung auf die Beamten gefährdet? Nun, wir haben in unserer Mitte den Amtshauptmann von Sibhorn, der mir bezeugen kann, daß wir recht gut mit der alten Ordnung der Dinge auskommen konnten. Deshalb sage ich, es hat mit den Reformen keine Eile. Alles, was uns der Herr Minister zu Gunsten derselben angeführt hat, beruht auf solchen Informationen. Selbst der Militärgouverneur von Hannover war nie im Zweifel darüber, daß die bestehende Verwaltung musterhaft sei. Sie arbeitet mit Vollkommenheit, die Steuern gehen gut ein (Heiterkeit), wozu also neue Organisationen? Wenn der Provinziallandtag dieselben nicht kurz vor der Hand gewiesen hat, so liegt der Grund hierfür darin, daß ihm nicht die Frage so vorgelegt ist, ob überhaupt organisiert werden solle oder nicht. In diesem Falle würde er sicher mit Nein geantwortet haben. Die Herren aus Westfalen und den Rheinlanden möchte ich bitten zu beachten, daß das Kleid, das hier zugeschnitten wird, auch für sie bestimmt ist. Sie dürfen sich darum nicht indifferent zeigen in dem Wahn, daß sie damit den Interessen ihrer Provinzen nicht Abbruch thun. Mit dem Abg. v. Bennigsen bin ich darüber einverstanden, daß wir uns das Institut der Kreisdeputirten erobern müssen und mit Dirichlet, daß das Wesen der Selbstverwaltung beruhe in den Amtsvorstehern. Sie bilden inmitten des Volks stehend das konservative Element der Selbstverwaltung, sofern man nur aus der sekhafsten Bevölkerung die richtige Auswahl treffen will. Wenn die Herren aus Hannover das Institut der Amtsvorsteher ablehnen, so beweisen sie nur, daß sie zu bequem oder ganz in bureaukratischen Anschauungen befangen sind, denn Elemente für dasselbe sind in Hannover zur Genüge vorhanden, es brauchen ja nicht immer Advokaten und Professoren zu sein. (Heiterkeit.) Ich komme nun zu der Provinzialordnung, die uns von Preußen ostrovert ist. Ich sage das für Herrn von Meyer-Arnswalde, der keinen Hannoveraner mehr hören wollte. Der Herr Minister sagt, daß die Neuordnung, die hier geschaffen werden solle, einem Bedenken nicht unterliege, da auch so das ritterschaftliche Element in der Vertretung zur Geltung kommen werde, wie die in den Kreisordnungsprovinzen gemachten Erfahrungen erweisen. Der Beweis ist nicht sonderlich schlagend. Abgesehen davon, beruht die ganze geschichtliche Entwicklung Hannovers darauf, daß der ritterschaftliche Besitz in allen öffentlichen Verhältnissen maßgebend ist. In der Provinz Sachsen ist bei der ersten Wahl zum Provinziallandtag zwar das ritterschaftliche Element herangezogen worden, aber bei der zweiten schon war es verwehrt. Meine Ueberzeugung ist, daß ohne eine durch Gesetz gesicherte Vertretung der Aristokratie die Selbstverwaltung

in unserem Lande nicht möglich ist, sie wird sonst einfach ein Instrument der Bureaukratie. Das ist nicht konservativ, und ich werde darum gegen die Provinzialordnung stimmen, wenn ich nicht alles erreiche, was ich als nothwendig bezeichnet habe. Mit Herrn von Bennigsen stimme ich dagegen, daß man uns die Organisation nur stückweise bringe, und während in den unteren Kreisen die Selbstverwaltung besteht, in den oberen die Bureaukratie fortbauere. Man warte, bis die Reform fertig ist, und ich frage dann den Provinziallandtag, was wir von der alten Organisation beibehalten sollen und was nicht. Denn ich bin gegen Divisionen auch auf diesem Gebiete. Die Vorlage selbst bitte ich einer Kommission zu überweisen.

Minister v. Puttkamer: Das Lob, das der Herr Abg. Windthorst den administrativen Zuständen Hannovers spendet, habe ich mit Genugthuung aufgenommen, wir waren sonst eine herbere Kritik von ihm gewöhnt. Der Herr Abgeordnete lobt mich sodann, daß ich den Provinziallandtag gehört habe und in demselben Athemzuge wirft er mir vor, daß die Auslassungen, die ich vorhin gemacht, auf falschen Informationen beruhten. Ich kann nur erklären, daß von dem Provinziallandtag einmütig, also auch von den Parteigenossen des Abg. Windthorst, den Plänen der Regierung zugestimmt ist. Er befragt sich weiter, daß auf die Eigentümlichkeiten der Provinz Hannover nicht genügend Rücksicht genommen sei. Ich glaube, kämen heute noch Vertreter der alten Provinzen zum Wort, uns würden Vorwürfe in entgegengelegelter Richtung gemacht. Die prinzipiellen Gründe, die Herr Windthorst für die Amtsvorsteher geltend gemacht hat, sind mir sympathisch. Aber wie sollte die Regierung an diesem Institut festhalten, nachdem sich der Provinziallandtag gegen dasselbe erklärt. Seinen Appell an die Vertreter der anderen Provinzen kann ich nur auffassen als eine verschleierte Warnung davor, daß die Regierung das Prinzip divide et impera einzuführen beabsichtige. Das ist ein Vorurtheil. Was uns bewegen uns auf Hannover zu beschränken, ist die Erfahrung, daß es nicht gut ist, den Landtag mit Arbeiten zu überlasten, keineswegs die Absicht, die Provinzen einzeln legislativ abzuschächten. Vielleicht wird dem Hause noch in dieser Session der Entwurf einer Kreisordnung für Schleswig-Holstein zugehen.

Abg. v. Wedell (Biesdorf): Die Schwierigkeiten bei dem Organisationsgesetz sind durchaus nicht klein. In allen Selbstverwaltungsorganen, denen ich angehört, ward die Frage aufgeworfen: wer ist kompetent? Auch liberalerseits steigen Bedenken auf, ob wir mit diesem Gesetz auf dem richtigen Wege sind. Wir Konservativen sind stets dagegen gewesen und wissen es darum dem Herrn Minister Dank, daß er eine nochmalige Erörterung für nothwendig hält.

Abg. v. Meyer-Arnswalde: Ich habe den Abg. Windthorst durchaus nicht von der Diskussion ausschließen wollen; ich habe nicht einmal gewußt, daß er gemeint ist. Ich bedaure, daß er seine Worte über die Aristokratie nicht schon vor zehn Jahren ausgesprochen hat, dann wäre unsere Kreisordnung vielleicht etwas anders geworden; er hat aber damals geschwiegen. Ohne die Amtsvorsteher wird man keinen vernünftigen Kreisaußschuß erhalten; er wird aus Bürgermeistern und parlamentarischen Klugrednern bestehen. Ohne Amtsvorsteher fehlt auch die Vorhülle für die angehenden Landräthe. Die Uniformität der Gesetzgebung erscheint doch nothwendig, denn die Zeit der Provinzialgesetzgebung ist vorüber, seitdem wir ein Parlament haben; wir würden uns ohne Uniformität gar nicht mehr verleben. Uebrigens erhebt auch die Vorlage finanziell bedenklich; Hannover soll 67 Kreise erhalten, während Brandenburg nur 31 hat; das erfordert bedeutende Mehrkosten. Dazu kommt noch die größere Zahl der Regierungsbezirke; während die Regierung nur 3 Bezirke bilden wollte, habe das Haus deren 6 angenommen, was jährlich eine bedeutende Mehrausgabe veranlasse. Indessen habe ich meine Anschauungen über die Regierungsbezirke geändert; ich bin der Meinung, daß die Regierungsbezirke in den alten Provinzen zu groß sind, da jetzt die Präsidenten eine viel größere Arbeitslast haben.

Die Gesetzeswürfe werden einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Schluß 4 Uhr nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Zweite Beratung des Etats.)

Politische Uebersicht.

Posen, 10. Februar.

In Uebereinstimmung mit der kürzlich gemeldeten kreselber Entscheidung hat der Minister von Goltz neuerdings wieder zugleich von katholischer und von protestantischer Seite an ihn gerichtete Petitionen um Rückwandlung einer Simultanschule in konfessionelle Schulen — es handelte sich um eine schon seit 5 Jahren bestehende zehnklassige Simultanschule in Krojante im Regierungsbezirk Marienwerder — abschläglich entschieden.

Die nationalliberale Fraktion hat in die kirchenpolitische Kommission die Abg. v. Bennigsen, Sobrecht, Dr. v. Cury und Dr. Holze entsendet. Zum lebhaften Bedauern der Fraktion haben die Abg. Dr. Gneist und Dr. Weber, welche der Kommission von 1880 angehört, wegen ihrer gehäuften sonstigen Geschäftstätigkeit es ablehnen müssen, an den Arbeiten der diesjährigen Kommission sich zu betheiligen.

Unsere Regierungspressen widmet jetzt den Aeußerungen russischer Blätter über internationale Angelegenheiten erhöhte Aufmerksamkeit. So schreibt heute die „Nordd. Allg. Ztg.“ an hervorragender Stelle:

„Eine im „Golos“ abgedruckte Korrespondenz aus Berlin unterhält die Leser dieser Zeitung von einem im Frühjahr v. J. entstandenen Plan der deutschen Regierung, Auslands innere Schwierigkeiten zu benutzen, um demselben Polen abzunehmen und aus diesem von 5 Millionen Menschen bewohnten Lande einen neuen Basallenstaat unter dem König von Sachsen herzustellen. Dieser Monarch werde dafür sein Land an Preußen abtreten. Zur Vorbereitung wurde Frankreich tief in die türkische Angelegenheit verwickelt und demselben noch Italien gegenübergestellt; auf Oesterreichs Mißgehen konnte bestimmt gerechnet werden, dasselbe würde Entschädigung auf der Balkanhalbinsel finden. Für Preußen handelte es sich ferner um die Erwerbung von Abau, ja sogar von Riga. Die Schwierigkeiten der Schifffahrt auf dem Niemen, die russischen Truppenkonzentrationen im Westen, die Handels- und Douanenplacereien, zuletzt die hebräische Frage konnten die Veranlassung zu einer diplomatischen Korrespondenz geben und dann zu einem Bruche führen, ein ähnliches Manöver, wie Oesterreich 1866, Frankreich 1870 erfahren haben. — Der Korrespondent will zwar nicht für die völlige Nichtigkeit dieser Angaben einstehen, will sie aber von Personen erhalten haben, die einigen deutschen Höfen nahe stehn. Die Korrespondenz schließt mit der Theilung, daß die Danziger Zusammenkunft alle diese Vorbereitungen durchkreuzte und für jetzt die Pläne des Fürsten Bismarck zerstörte. Wir bemerken vor einiger Zeit mit aufrichtiger Befriedigung, daß der „Golos“ auf eine friedliche Sprache zurückgekommen war; es überrascht und deshalb einigermaßen zu sehen, daß das russische Blatt sich von Neuem auf das Gebiet der phantastischen Zeitungs-politik begeben hat. Wir begnügen uns, diese Thatfache zu konstatiren, ohne dieselbe einer Kritik zu unterwerfen.“

Aus Wien geht uns eine telegraphische Nachricht vom 8. d. folgenden Inhalts zu: Ein der „Polit. Korresp.“ zugehendes Schreiben hebt den

beruhigenden Eindruck hervor, welchen bei den jüngsten Beratungen der Delegationen die Erklärungen des Ministers des Aeußeren über die internationalen Beziehungen der Monarchie ob ihres eminent friedlichen Charakters allenthalben, namentlich auch, den angehenden russischen Blättern zufolge, in ganz Rußland hervorgebracht haben. Selbst vorgeschrittene nationale russische Organe können den friedlichen Charakter der Erklärungen des Grafen Kalnoßy nicht geradezu leugnen; sie behaupten nur, Oesterreich werde, wenn die insurrektionelle Bewegung unterdrückt sei, nicht stille stehen, sondern die angesammelten Streitkräfte zu weiterem Vordringen auf der Balkanhalbinsel benutzen. Zur Widerlegung dessen weist das Schreiben auf die strifte Erklärung Kalnoßy's hin, die derselbe am 31. Januar im Ausschusse der ungarischen Delegation abgegeben, und welche in dem Satze gipfelt, daß der Gedanke einer Ausdehnung oder Erweiterung der Okkupation nicht existire und daß es nicht erst der gegenwärtigen Ereignisse bedürft habe, um jene Zumuthung als eine Verdächtigung zurückzuweisen. Das Schreiben erinnert daran, daß Sektionschef Kallan, sowie die Minister Gaymerle und Andrássy dasselbe versicherten, wonach es hoch an der Zeit sei, das Märchen von dem Vorkarische nach Salonichi endlich fallen zu lassen.

Eine andere telegraphische Depesche von demselben Tage berichtet, daß die „Polit. Korrespondenz“ aus Konstantinopel einen neuen Konflikt der Pforte mit Aleso Pascha melde. Dieser Konflikt sei dadurch veranlaßt, daß Aleso den Gesetzentwurf betreffend das Eigenthumsrecht an Immobilien, dessen Sanktion der Sultan innerhalb einer Frist von zwei Monaten, also gesetzmäßig verweigert hatte, trotzdem unter Berufung auf den Druck der öffentlichen Meinung in Ostrumelien in Vollzug setzen ließ. Eine in Konstantinopel niedergesetzte Spezialkommission habe einstimmig entschieden, daß ein Verfassungsbruch vorliege, und die Majorität dieser Kommission habe beantragt, Aleso Pascha anzuklagen, auf Empfehlung des Kommissars Geşcher aber beschloffen, vorher Aleso nochmals auf die ernststen Folgen dieser Verfassungsverletzung aufmerksam zu machen.

Der französische Minister des Innern empfing am Mittwoch, den 8. d. M., die Syndikatskammer der Agents de Change. Der Syndikus Moreau sprach bei dieser Gelegenheit dem Minister den Wunsch aus, die Regierung möge einen Gesetzentwurf vorlegen, nach welchem Termingeschäfte als gültig anzuerkennen sind. Der Minister erwiderte, daß die Regierung sich bereits mit dieser Frage beschäftigt und geneigt sei, sich jeder Maßregel anzuschließen, welche, ohne den Aufschwung der individuellen Thätigkeit zu beschränken, denselben verhindert, sich auf gefährliche und dem republikanischen Geiste widerstrebende Abwege zu verirren.

In der Mittwochssitzung des englischen Unterhauses kritisirte Northcote die Politik der Regierung bezüglich Irlands und Egyptens und wünschte zu erfahren, welche Hoffnungen auf den Abschluß des Handelsvertrages mit Frankreich bestehen. Er meinte, eine Untersuchung über die Resultate des Freihandels seit 1860 würde nützlich und wünschenswerth sein. Gladstone vertheidigte die Politik der Regierung bezüglich Egyptens und sagte:

In dem gemeinschaftlichen Vorgehen Englands und Frankreichs sei es notwendig, die Ansicht der anderen Großmächte zu berücksichtigen. Die Mächte erachteten sich von ihrer Stimme über die ägyptischen Angelegenheiten nicht ausgeschlossen. Die letzte Note der vier Großmächte an den Sultan habe in keiner Weise deren Rechte überschritten und keine prinzipielle Schwierigkeit in diese sehr verwickelten Angelegenheiten eingeführt. Gladstone glaubt, die Erfüllung der internationalen, von der Pforte sanktionirten Verpflichtungen Egyptens würden auf allen Seiten gewünscht. Die Regierung könne unmöglich den Bestrebungen auf Einführung populärer Institutionen ihre Sympathie vorenthalten, Bestrebungen, welche zum ersten Male in einem mohamedanischen Lande auftauchen. Den Handelsvertrag mit Frankreich anknüpfend, so sei es unmöglich zu dem heiliglichen Paktus der Thronrede viel hinzuzufügen. Die Rückkehr zum Schutzoll würde verhängnißvoll diejenigen Interessen schädigen, die gefördert werden sollten. Ein Nachtheil der Handelsverträge bestehe darin, daß sie lange Unterhandlungen herbeiführen; aber es sei schon für die Regierung eine Frage gewesen, ob sie die ganze Sache aufgeben solle oder nicht. Allein die Unterhandlungen seien noch nicht bis zu dem Punkte, wo sich ein solcher Schluß verteidigen und rechtfertigen lasse, angelangt. Die Politik bezüglich Irlands betreffend, so habe es im Oktober v. J. gegolten, der Verwirrung gegen jedes Eigenthum zu begegnen. Der Zustand Irlands habe sich gebessert. Gladstone hofft, daß die Landakte segensreich wirken werden.

Die Rede Gladstone's wurde wiederholt mit großem Beifall aufgenommen. — Smyth (Irländer) beantragte einen Zusatz zur Adresse, welcher besagt, die einzig wirksame Abhilfe in dem bedauerlichen Zustande in Irland sei eine Revision der politischen Beziehungen Englands zu Irland, welche auf der Unionsakte vom Jahre 1800 beruhten. O'Connor Power unterstützte das Amendement und sagte, alle persönlichen Maßregeln seien bisher fehlgeschlagen und würden ferner fehlgeschlagen, bis die irische Verwaltung und die irische Gesetzgebung allein in irischen Händen läge; eine Zerstückelung des Reichs sei nicht beabsichtigt. — Die Debatte wurde schließlich auf Donnerstag vertagt.

Briefe und Zeitungsberichte.

Berlin, 9. Febr. [Interpellation Richter. Das Zentrum und die kirchenpolitische Vorlage. Zur Zollpolitik.] Die Annahme, daß die an sich äußerst unverfängliche Interpellation Richter betreffs des Ueberschusses des Staatsjahres 1881/82 nicht glatt verlaufen würde, ist durch die heutige Antwort des Finanzministers bestätigt worden. Die Meinungen über die Gründe für die Verweigerung des verlangten Aufschlusses — die allgemeine auf das Beinhilfte beruhende — gehen auseinander, insbesondere darüber, ob sie nur finanzieller Art oder ob die neuerdings proklamirten konstitutionellen Theorien dabei mit im Spiele sind. Auf die letztere Vermuthung würde man nicht kommen, wenn nicht die offiziöse Presse die Interpellation als einen Eingriff in die Verwaltung bezeichnet hätte. Herr Bitter hat sich nur auf dem Gebiete finanzieller Erwägungen gehalten, aber diese waren so schwach, daß man geradezu gezwungen wurde, noch andere Gründe zu vermuthen. Herr Camphausen pflegte schon im Oktober oder November bei der Einbringung des Budgets des kommenden Staatsjahres eine Mitthei-

lung über die Ergebnisse des laufenden zu machen; auch Herr Scholz war dazu bereits vor mehreren Monaten betreffs der Reichsfinanzen im Stande — und Herr Bitter vermag es nicht sieben Wochen vor dem Ablauf des Staatsjahres, um welches es sich handelt! Die Ansicht, daß die gestern berührten Differenzen zwischen den Herren Bitter und Maybach im Hintergrunde der Affaire stehen, daß der erstere nicht des letzteren neuliche Angabe über die 13 Millionen Mark Ueberschuß der Eisenbahnverwaltung bestätigten, wird von Vielen getheilt, während andererseits die Annahme laut wird, das Gesamtergebniß des laufenden Jahres, dem fast 14 Millionen Mark im vorigen Jahr absichtlich ignorirter Erhöhung der Matrikularbeiträge zur Last fällt, stelle sich so, daß die für das nächste Jahr projektirte neue Steuer-Ermäßigung dadurch doppelt ungerechtfertigt erscheinen würde. Indeß wenn der Finanzminister seine Mittheilung in der Kommission machen will, so wird sie doch genau dieselbe Wirkung thun, als ob sie im Plenum erfolgt wäre, das Ganze ist also eine neue Unbegreiflichkeit. — Es machte sich heute im Abgeordnetenhaus allgemein die Ansicht geltend, daß die Chancen des Zentrums, etwas Erhebliches in kirchenpolitischer Beziehung durchzusetzen, resp. auch nur das zu erlangen, was in der Regierungsvorlage dem Zentrum genehm ist, nach der ersten Lesung derselben schlechter ständen, als vorher. Die Haltung der liberalen Seite bestehende Scheu, irgend welche umfassende Vorschläge zur Abänderung der Maigesetze zu machen, nur vergrößert, so daß Herr Windthorst mit seinen Anträgen, welche man bereits ankündigt, es schwierig finden wird, die beabsichtigte Taktik durchzuführen, nur Konzessionen in Empfang zu nehmen, ohne solche zu machen. Es scheint auch, daß die ziemlich pessimistische Auffassung von den Aussichten der Mission Schölzer, welche bei der Abreise dieses Herrn nach Rom von uns bereits als hier vorherrschend verzeichnet wurde, sich neuerdings noch mehr innerhalb der Regierungskreise verstärkt hat. Jedenfalls werden die Verhandlungen in der kirchenpolitischen Kommission abermals zu einem verwickelten diplomatischen Spiel sich gestalten. — Offiziös wird mit Genugthuung die Thatsache verzeichnet, daß die deutschen Gute-Industriellen bei der Reichsregierung um die Subventionirung einer Dampfer-Verbindung mit Kalkutta petitionirt haben. In der nächsten Reichstags-session wird diese Petition ohne Zweifel eine erhebliche Rolle in Regierungsreden für den schon so lange betriebenen Plan der Subventionirung der Handels-Schiffahrt spielen. Um so mehr ist es angezeigt, schon jetzt darauf hinzuweisen, daß die wenigen in Deutschland bestehenden Gute-Webereien von der neuen Zollpolitik hereits so außerordentlichen Vortheil gehabt haben, daß sie wahrlich keinen Grund haben, auch noch zu verlangen, daß ihnen ihr Rohstoff auf Kosten der Steuerzahler aus Indien geholt werde. Alle diejenigen deutschen Gewerbetreibenden, welche der Gute als Verpackungsmaterial bedürfen, sind seit dem neuen Zolltarif einigen wenigen deutschen Fabriken tributpflichtig.

Telegraphische Nachrichten.

Frankfurt a. M., 9. Februar. Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus London von heute Vormittag ist das deutsche Schiff „Lisette“ bei St. Johns auf einem Riff gesunken. Sicher sei, daß dabei 5 Mann einschließlich des Kapitäns den Tod gefunden, man befürchte indeß, daß alle an Bord befindlichen Personen ertrunken seien.

Dresden, 9. Februar. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer griff der Abg. Liebtnecht die Regierung wegen der Ausführung des Sozialistengesetzes aufs heftigste an, so daß er mehrmals zur Ordnung gerufen wurde. Der Minister des Innern erklärte, daß Nichtdeutsche, welche in Deutschland die sozialistische Agitation betrieben, jedenfalls auszuweisen seien.

Karlsruhe, 9. Februar. Bei der in der zweiten Kammer fortgesetzten Berathung des Justizetats wurde die Post für die Gerichtsnotariate, deren allmälige Aufhebung vorausgesetzt ist, angenommen und der Regierung gegenüber der Wunsch ausgesprochen, mit der definitiven Anstellung der Gerichtsschreiber zu beginnen.

Wien, 8. Februar. Die preussische Mission zur Ueberbringung des Schwarzen Adler-Ordens an den Sultan ist auf dem Wege nach Konstantinopel hier eingetroffen.

Wien, 9. Februar. Die „Politische Korrespondenz“ bringt einen Bericht aus Danilowgrad, wonach der Fürst von Montenegro vor einer militärischen Versammlung in Anwesenheit des österreichischen Ministerräsidenten die Nothwendigkeit, sich gegen Oesterreich dankbar zu erweisen, betont hat. Oesterreich sei keine Türkei, Oesterreich sei gerecht und wohlwollend. Kein Land könne ohne eine Wehrverfassung bestehen; um so schlimmer sei es, wenn die Herzegowiner sich gegen das Wehrgesetz auflehnten.

London, 9. Februar. Der „Times“ wird aus Alexandrien von heutigem Tage gemeldet:

In seiner Erwiderung auf den Protest der Generalkonsuln gegen die Uebertragung des Rechtes, das Budget zu votiren, an ein Komitee der Minister und von Delegirten der Notabeln-Versammlung, sagt der Minister, die Mächte hätten keinerlei Recht, sich durch die Finanzkontrolleure in die Fragen, betreffend die Entwicklung der inneren Angelegenheiten Egyptens, einzumischen.

Petersburg, 9. Februar. Die von auswärtigen Blättern gebrachte Nachricht, daß wegen der Rede des Generals Skobjelow bei dem Leiter des auswärtigen Amtes, Staatssekretär v. Giers, von irgend einer Seite Erklärungen gefordert worden seien, wird von gut unterrichteter Seite für völlig unbegründet erklärt.

Kairo, 9. Februar. (Telegramm des „Reuter'schen Bureau's“.) Der englische und der französische Generalkontrolleur überreichten dem Ministerpräsidenten Mahmud Barudi Pascha gestern ein Schreiben, in welchem dieselben gegen die Ausdrücke protestiren, in welchen der europäischen Kontrolle in dem ministeriellen Programm Erwähnung geschieht.

Verantwortlicher Redakteur: G. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind	Wetter	Temp. i. Cel. Grad.
9. Nachm. 2	763,6	NW mäßig	bedeckt	+0,3
9. Abnds. 10	767,1	NW schwach	bedeckt	+0,1
10. Morgs. 6	765,7	NW schwach	bedeckt	-1,0

Am 9. Wärme-Maximum + 1°4 Cel.
" " Wärme-Minimum - 4°4 "

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 9. Februar Morgens 0,74 Meter.
" " " " Mittags 0,74
" " " " Morgens 0,68

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 9. Februar. (Schluß-Course.) Sehr matt. Lond. Wechsel 20,50. Pariser do. 81,07. Wiener do. 170,75. R.-M. St.-A. —. Rheinische do. —. Hess. Ludwigsb. 98½. R.-M.-Pr.-Anth. 128½. Reichsantl. 101½. Reichsbank 147½. Darmst. 148½. Rheininger B 88½. Ost.-ung. Bf. 696,50. Kreditaktien 249. Silberrente 63½. Papierrente 62½. Goldrente 78. Ung. Goldrente 71½. 1860er Loose 118½. 1864er Loose 324,00. Ung. Staatsl. 220,50. do. Oib.-Obl. I. 92. Böhm. Westbahn 251½. Elisabethb. —. Nordwestbahn 174½. Galizier 245. Franzosen 251½. Lombarden 105½. Italiener 85½. 1877er Russen 88. 1880er Russen 70½. II. Orientanl. 57½. Zentr.-Pacific 111½. Diskonto-Kommandit —. III. Orientanl. 57½. Wiener Bankverein 96½. ungarische Papierrente —. Butschieder —. Junge Dresdner —.

Wien, 9. Februar. (Schluß-Course.) Auswärtige Berichte wurden ungünstig aufgefaßt und drückten durchweg erheblich, Schluß ruhig und etwas erholt.

Papierrente 73,00. Silberrente 74,90. Oesterr. Goldrente 91,70. Ungarische Goldrente 117,75. 1854er Loose 118,00. 1860er Loose 130,50. 1864er Loose 172,00. Kreditloose 175,00. Ungar. Prämienl. 112,50. Kreditaktien 285,00. Franzosen 293,50. Lombarden 122,50. Galizier 285,50. Kasch.-Oderb. 138,00. Pardubitzer 143,00. Nordwestbahn 201,00. Elisabethbahn 204,50. Nordbahn 244,00. Oesterr. ungar. Bank —. Türk. Loose —. Unionbank 113,00. Anglo-Austr. 113,00. Wiener Bankverein 106,00. Ungar. Kredit —. Deutsche Plätze 58,50. Londoner Wechsel 120,25. Pariser do. 47,50. Amsterdamer do. 98,70. Napoleons 9,55. Dufaten 5,62. Silber 100,00. Marinoten 58,55. Russische Banknoten 1,22. Semberg-Gernomy —. Kronpr.-Rubol 161,00. Franz-Josef —. Dur-Bodenbach —. Böhm. Westbahn —.

Wochenausweis der österr. Südbahn vom 29. Januar bis zum 4. Februar 614,146 fl., Mehreinnahme 54,236 fl.

Wien, 9. Februar. (Abendsörse.) Ungar. Kreditaktien 279,00. österr. Kreditaktien 290,00. Franzosen 298,00. Lombarden 124,50. Galizier 288,90. Anglo-Austr. —. öst. Papierrente 73,60. do. Goldrente —. Marinoten 58,55. Napoleons 9,54½. Bankverein 109,50. Elbthal 209,00. ungar. Papierrente —. 4prozent. ungar. Goldrente 84,70. 6prozent. ungar. Goldrente —. Nordwestbahn 206,00. Sehr fest.

Paris, 9. Februar. (Schluß-Course.) Träge. 3prozent. amortisirt. Rente 82,25. 3prozent. Rente 82,40. Anleihe de 1872 114,65. Italien. 5prozent. Rente 85,50. Oesterr. Goldrente —. 6prozent. ungar. Goldrente —. 4prozent. ungar. Goldrente —. 5prozent. Russen de 1877 —. Franzosen 630,00. Lomb. Eisenbahn-Aktien 268,75. Lomb. Prioritäten 274,00. Türken de 1865 11,00. Türkenloose 45,75. III. Orientanleihe —.

Credit mobilier 580. Spanier erster 26½. do. inter. —. Suezkanal-Aktien 2030. Banque ottomane 687. Union gen. —. Credit foncier 1510,00. Egypter 317,00. Banque de Paris 1070,00. Banque d'escompte 535,00. Banque hypothecaire —. Londoner Wechsel 25,27. 5prozent. Rumänische Anleihe —.

Die Börse war in Folge von beunruhigenden Gerüchten über die Lane einzelner Kreditinstitute und Speculanten bis gegen 2½ Uhr sehr matt und unruhig. Da sich die Gerüchte aber als unbegründet herausstellten, so war der Schluß etwas besser. Auf Seiten der Coullisse war das Geschäft noch immer sehr bedrückt.

Florenz, 9. Februar. 5prozent. Italien. Rente 90,05. Gold 21,20.

Petersburg, 9. Februar. Wechsel auf London 24½. II. Orientanleihe 89½. III. Orientanleihe 90.

London, 9. Februar. Consols 99½. Italien. 5prozent. Rente 83½. Lombard. 10½. 3prozent. Lombarden alte —. 3prozent. do. neue —. 5prozent. Russen de 1871 85. 5prozent. Russen de 1872 84½. 5prozent. Russen de 1873 83. 5prozent. Türken de 1865 10. 3prozent. fundirte Amerikaner 104. Oesterr. Silberrente —. do. Papierrente —. Ungarische Goldrente 70½. Oesterr. Goldrente —. Spanier 26½. Egypter 63½. 4prozent. preuß. Consols —. 4prozent. bar. Anleihe —.

Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,76. Wien 12,17. Paris 25,60. Petersburg 23½.

Platzdiscont 5½ pCt. Silber —. In die Bank flossen heute 209,000 Pfd. Sterl.

Newyork, 8. Februar. (Schlußkurs.) Wechsel auf Berlin 94½. Wechsel auf London 4,84. Wechsel auf Paris 5,17½. 3prozent. fundirte Anleihe 102½. 4prozentige fundirte Anleihe von 1877 118½. Erie-Bahn 39½. Zentr.-Pacific 113½. Newyork Centralbahn 131½. Chicago-Eisenbahn 143. Cable Transfers 4,90½.

Geld leicht, für Regierungssicherheiten 2 Prozent, für andere Sicherheiten 3 Prozent.

Produkten-Kurse.

Bremen, 8. Februar. Petroleum. (Schlußbericht) Rubig. Standard white loco 7,35 bez. pr. März 7,40 bez. pr. April 7,55 Br., per Mai 7,65 Br., pr. August-Dezember 8,25 a 8,30 bez.

Hamburg, 9. Februar. Getreidemarkt. Weizen loco rubig, auf Termine matt. Roggen loco rubig, auf Termine matt. Weizen per April-Mai 227,00 Br., 226,00 Gd., per Mai-Juni 227,00 Br., 226,00 Gd. Roggen per April-Mai 165,00 Br., 164,00 Gd., per Mai-Juni 162,00 Br., 161,00 Gd. Hafer u. Gerste rubig. Hüßel rubig, loco 58,50, per Mai 58,00. — Spiritus still, per Februar 40½ Br., per März-April 40½ Br., per April-Mai 40½ Br., per Mai-Juni 40½ Br. — Kaffee fest, Umlag 5000 Sack. — Petroleum beh., Standard white loco 7,40 Br., 7,35 Gd., per Februar 7,30 Gd., pr. August-Dezember 8,30 Gd. — Wetter: Wolfig.

London, 9. Februar. An der Rüste angeboten 11 Weizenladungen. — Wetter: Kalt.

Glasgow, 9. Februar. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 43 sh. 11½ d.

Leit, 9. Februar. (Getreidemarkt.) Geschäft sehr schleppend, Preise für alle Artikel nominell unverändert.

Antwerpen, 9. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen weichend. Roggen rubig. Hafer vernachlässigt. Gerste behauptet.

Antwerpen, 9. Februar. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 18½ bz. Br., pr. März 18½ Br., per April 18½ Br., pr. Sept.-Dez. 20½ Br. Rubig.

Newyork, 8. Februar. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 11½, do. in New-Orleans 11½. Petroleum in Newyork 7½ Gd., do. in Philadelphia 7½ Gd., rohes Petroleum 6½, do. Pipe line Certificates —. D. 85 C. Mchl 5 D. 35 C. Rother Winterweizen loco 1 D. 43½ C. do. pr. laufenden Monat 1 D. 42 C., do. pr. März 1 D. 43½ C., do. pr. April 1 D. 45½ C., Mais (old mixed) 70 C. Ruder (Fair refining Muscovados) 7. Kaffee (Rio) 9½. Schmalz Marke (Wilcox) 11½, do. Fairbanks 11½, do. Robt u. Brothers 11½, Sped (short clear) 10 C. Getreidefracht 4.

Produkten-Börse.

Berlin, 9. Februar. Wind: SW. Wetter: Trübe, milde. Weizen per 1000 Kilo loco 202-235 M. nach Qualität gefordert, abgel. Anmehd. - bezahlt, defekter Polnischer - Markt ab Bahn, per Februar - bezahlt, per Februar-März - M. bez., per April-Mai 224-223 M. bez., per Mai-Juni 224-224 M. bez., Juni-Juli 225 M., 224 1/2 G., Juli-August 218 M., 217 1/2 G., Sept.-Oktbr. 214 M. Gef. - Str. Regulierungspreis - Markt. - Roggen per 1000 Kilo loco 170-180 M. nach Qualität gefordert, inländischer 175 bis 177 1/2 a. B. bez., hochfeiner inländischer - Markt ab Bahn bezahlt, equ. do. - M. ab B. bez., defekter russ. - ab B. bez., alter - Markt ab B. bezahlt, russischer und polnischer 170-174 1/2 Markt a. B. bezahlt, per Februar 174 1/2-174 bez., per Februar-März 172 1/2 bezahlt, per April-Mai 170 1/2-170 1/2 bez., per Mai-Juni 168-168 1/2 bez., per Juni-Juli 166-166 1/2-166 M. bezahlt. Gefündigt - Str. Regulierungspreis - Markt. - Gerste per 1000 Kilo loco 133-200 Markt nach Qualität gefordert. - Hafer per 1000 Kilo loco 138-172 M. nach Qualität gefordert, russischer und polnischer 139 bis 148 M. bezahlt, ost- und westpreussischer 143-157 M. bezahlt, pommerischer und Udenmärer 143-152 bezahlt, schlesischer 152-158 bez., böhmischer 152-158 M. bezahlt, do. fein 160-164 bez., fein weiß mecklenburger - ab B. bez., per Februar - M. bez., per April-Mai 142 1/2 Markt bez., per Mai-Juni 143 Markt bezahlt, per Juni-Juli 144 M. Gefündigt - Zentr. Regulierungspreis - Markt. - Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 170-215 M., Futterwaare 156 bis 164 Markt. - Mais per 1000 Kilo loco 143-153 nach Qualität gefordert, per Februar - Markt, Februar-März - M., per April-Mai 141 Markt, per Mai-Juni 139 Markt. Gefündigt - Zentr. Regulierungspreis - Markt. - Weizenmehl per 100 Kilogramm brutto 00: 32,00 bis 30,50 Markt, 0: 29,50-28,50 M., 0/1: 28,50 bis 27,50 Markt.

Roggenmehl inkl. Sac 0: 25,25 bis 24,25 Markt, 0/1: 23,75 bis 22,75 M., per Februar 23,50-23,45 bez., per Februar-März 23,50 bis 23,45 bezahlt, per April-Mai 23,45-23,40 bez., per Mai-Juni 23,10-23,05 bez., per Juni-Juli 22,90 Markt bez., per Juli-August 22,60 Markt bezahlt. Gefündigt 2000 Zentner. Regulierungspreis 23,50 M. - Delfaat per 1000 Kilo. - Markt. - Winterraps - M., Winterrüben - Markt. - Rübsöl per 100 Kilo loco ohne Fass 55,8 M., mit Fass 55,1 M., per Februar 55,1 bez., per März 55,3 bez., per April 55,6 bez., Mai 56,0 bez., April-Mai 55,7-55,6-55,7 bezahlt, Mai-Juni 56,0 bezahlt, September-Oktober 56,5 bez. Gefündigt - Zentr. Regulierungspreis - Markt. - Leinöl 100 Kilo loco - B. - Petroleum per 100 Kilo loco 24,8 Markt, per Februar 24,3 Markt, per Februar-März 24,0 Markt, per April-Mai 24,0 Markt, per Mai-Juni - Markt bezahlt, per September-Oktober 25,1 Markt. - Gefündigt - Zentner. Regulierungspreis - Markt. - Spiritus per 100 Liter loco ohne Fass 47,8 bezahlt, per Februar 47,7-48,6 bezahlt, per Februar-März 48,7-48,6 bez., per März-April - bez., per April-Mai 49,3-49,4 bez., per Mai - per Mai-Juni 49,5-49,7 bez., per Juni - bez., per Juni-Juli 50,6 bez., per Juli-August 51,5-51,6 bez., per August-September 52,1 bezahlt. Gefündigt - Liter. Regulierungspreis - Markt. (B. B. 3.)

Bromberg, 9. Februar. [Bericht der Handelskammer.] Weizen matt, hochbunt und glatt 210-220 Markt, hellbunt 200-210 Markt. - Roggen rubig, loco inländischer 164-166 Markt. - Gerste feine Brauwaare 150-155 M., große und kleine Müllergerste 145-150 Markt. - Hafer loco 145-155 M. - Erbsen Kochwaare 165-185 M., Futterwaare 145-150 Markt. - Mais, Rübien, Raps ohne Handel. - Spiritus pro 100 Liter à 100 Prozent 44,50-45,25 M. - Rubelkurs 207,00 Markt.

Stettin, 9. Februar. [An der Börse.] Wetter: Trübe. + 2 Gr. N. Barom. 28,8. Wind: W. Weizen matten, per 1000 Kilo loco gelber inländischer 210 bis 223 Markt, geringer 185-200 Markt bez., weißer 212 bis 223 Markt per April-Mai - M. bezahlt, per Mai-Juni und Juni-Juli do. Rogger, loco schner veräußlich, Termine matt, per 1000 Kilo loco inländischer 163 bis 169 Markt, abgelauene Anmeldungen - M. bez., defekter - M. bez., per Februar - M., nom., per April-Mai 168,5 Markt Gd., 169 M. Br., per Mai-Juni 166 M. bez., per Juni-Juli 164 Markt bez. - Gerste geschäftslos, per 1000 Kilo loco Brau-150 bis 160 Markt nom., Futter-125 bis 135 M. nom., geringere - M., Schlessisch - Markt. - Hafer geschäftslos, per 1000 Kilo loco inländischer 140 bis 150 Markt nom., Pommerischer - Markt, Russischer - bez., Schwedischer M. bez., per April-Mai - M. bez., per Mai-Juni - M. - Erbsen ohne Handel. - Mais ohne Handel. - Winterrüben niedriger, per 1000 Kilo per April-Mai 268 Markt nom., per Sept.-Oktober 263 Markt bez. - Rübsöl unverändert, per 100 Kilo loco ohne Fass bei Kleinigkeiten flüssiges 56,5 M. Br., kurze Lieferung - M., per Februar 55,5 M. Br., per April-Mai 55,75 Markt bez., per Mai-Juni -, per September-Oktober 56,5 Markt Br. - Winterraps per 1000 Kilo - Markt. - Spiritus behauptet, per 1000 Liter loco ohne Fass 46,4 M. bez., mit Fass - bez., kurze Lieferung, ohne Fass - M. bez., per Februar 47,4 M. bez., per April-Mai 48,8-49 M. bez. u. Gd., per Mai-Juni 49,6 M. Br. u. Gd., per Juni-Juli 50,2 M. Gd., per Juli-August 51 M. bez. - Angemeldet: Nichts. Regulierungspreise: Weizen - M., Roggen - M., Rübsöl - M., Spiritus - M., Rübien - M. - Petroleum loco 8 M. tr. bez., Regulierungspreis 8 M. tr. (Office-3tg.)

Berlin, 9. Februar. Die stürmischen Erregungen der Börse dauern an und es läßt sich kaum absehen, welche Entwicklung die Verhältnisse in weiteren Verläufe noch nehmen werden. Die Börse war heute vollständig muthlos und es fehlt nicht viel, so hätte die rückgängige Bewegung der Haupt-Spekulationspapiere auch eine verheerende Rückwirkung auf alle übrigen Gebiete gewonnen. Die Nachrichten aus Paris und Wien über den Verlauf der Krisis lauteten im Allgemeinen eher beruhigend, trotzdem aber waren von den Börsenbörsen bedeutend niedrigere Kurse gemeldet und darauf setzten auch hier die internationalen Spekulationspapiere mit ganz erheblichen Ermäßigungen ein. Das leitende Papier, die österreichischen Kreditaktien haben eine

Einbuße dem gestrigen offiziellen Schluss gegenüber von etwa 30 M. erfahren. Ueberhaupt zeigte sich eine tiefgreifende Misstimmung für alle Bankaktien und erlitten auch Disconto-Kommandit-Antheile einen erheblichen Rückgang. Die Lage der Bank-Institute ist im Augenblick auch eine etwas missliche: denn es bleibt wohl außer Frage, daß dieselben aus der jüngsten Zeit starke Verluste zu buchen haben werden. Im Gegensatz zu der auf den Spekulationsgebieten herrschenden äußerst gedrückten Stimmung zeigte sich die Tendenz für Eisenbahnaktien verhältnismäßig fest, wenn auch hier die von der Spekulation in ihren Kreis gezogenen Werthe niedriger notirten. In Industriepapieren blieb der Verkehr sehr beschränkt und auch hier die zur

Notiz gekommenen Kursveränderungen im Allgemeinen nicht bedeutend. Die festverzinslichen Papiere fanden nur wenig Beachtung, nahmen aber an der matten Stimmung keinen Theil. - Per Ultimo notiren: Franzosen 501-500,50-504-502,50, Lombarden 211-213-212, Kredit-Aktien 498,50-500,50-495-500-497, Wiener Bank-Verein 185 auf etwa 191, Darmstädter Bank 150-149-149,75-149,50, Disconto-Kommandit-Antheile 179,50-177,25-179,25-177,25, Deutsche Bank 143,70-143,10-144,90, Dortmunder Union 90 1/2-91-90,50, Laurahütte 111-112-111,50-112. - Der Schluss war matt. - Privat-Discont 3 1/2 Prozent.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Table listing various bonds and stocks with columns for name, price, and other details. Includes entries like 'Preuss. Cons. Anl.', 'Staats-Anleihe', 'Brennische Fonds- und Geld-Course', etc.

Table listing foreign bonds and exchange rates. Includes entries like 'Amerik. gef. 1881', 'Russ. Centr.-Hob.', 'Wechsel-Course', etc.

Bank- u. Credit-Aktien.

Table listing bank and credit stocks. Includes entries like 'Babische Bank', 'Bl. Rheinl. u. Westf.', 'Berl. Handels-Ges.', etc.

Industrie-Aktien.

Table listing industrial stocks. Includes entries like 'Brauerei Vapenhof', 'Damenb. Rattun.', 'Deutsche Bauges.', etc.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table listing railway stocks. Includes entries like 'Aachen-Mastricht', 'Altona-Kiel', 'Bergisch-Markische', etc.

Eisenbahn-Prioritäten.

Table listing railway preference stocks. Includes entries like 'Aach.-Mastricht', 'Bergisch-Markische', 'Bresl.-Schw.-Frbg.', etc.

Ausländische Prioritäten.

Table listing foreign preference stocks. Includes entries like 'Berl.-Anhalt A.', 'Berl.-Görlitz', 'Berl.-Hamburg L.', etc.